Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.
Redaktion: Johannisgasse 8.
Sprechstunde: 5—6 Uhr Nachm.
Fernsprecher: 153.
Expedition: Johannisgasse 8.
Fernsprecher: 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4666), B. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 5946) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7005).
Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).
Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.
Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.
Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.
Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 317. **Freitag** den 24. Juni 1904. **98. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* **Kronprinz Friedrich August von Sachsen** ist gestern nachmittag aus Sibyllenort nach **Dresden zurückgekehrt.** (S. Sachsen.)

* **Der König von England** wird, wie nunmehr feststeht, **Hamburg** am 28. Juni besuchen.

* **Die französische Deputiertenkammer** beschloß die Dringlichkeit der Beratung eines Gesetzes, betreffend die **staatliche Beaufsichtigung ausländischer Lebensversicherungsgesellschaften.** (S. Ausland.)

* **In Rom** wurde gestern das vom deutschen Kaiser gewidmete **Goethe-Denkmal enthüllt.**

Anti-Rom.

Mit den Anti-Vereinigungen ist es eine eigene Sache. Indem sie sich die Bekämpfung eines wirklichen oder vermeintlichen Uebelstandes zum Ziele setzen, geraten sie nur zu leicht in eine bedenkliche Einseitigkeit. Die Fülle des modernen Lebens ist zu groß, als daß es sich in ein einziges Schlagwort zusammenfassen ließe. Man muß objektiv genug sein, die Dinge von verschiedenen Gesichtspunkten aus zu betrachten, wenn man einigermaßen ein zutreffendes Ergebnis ziehen und auf die politische Weiterentwickelung einwirken will. Wer nichts weiter sein will als Anti-Semit oder Anti-Sozialdemokrat, der verrennt sich leicht in eine Sackgasse, in der er die Fühlung mit den wirklichen Bedürfnissen und Aufgaben seiner Zeit verliert. Denn schließlich ist es doch die Pflicht eines Politikers, der nicht bloß die Luft über den Bierbänken erschüttern will, über die bloße Negation hinaus ein positives Programm als Richtschnur aufzustellen und festzuhalten.

Man könnte meinen, und man hat es vielfach behauptet, daß es sich bei dem Kampfe gegen die ultramontanen Tendenzen, die sich heute im neuen Deutschen Reiche breit machen, gleichfalls um ein rein negatives Programm handle. Besonders die Reichsregierung stützt sich bei ihrer intimen Anlehnung an das Zentrum auf den Hinweis, daß sich ohne das Zentrum heute keine positive Politik treiben lasse. Man wird ihr auch wenigstens so viel zugeben müssen, daß bei der heutigen politischen Konstellation die Mitwirkung des Zentrums in den Fragen unserer militärischen und maritimen Rüstung, sowie beim weiteren Ausbau unserer sozialpolitischen Gesetzgebung nicht entbehrt werden kann. Daß das Zentrum auch in kulturellen Fragen Trumpf ist, wird damit allerdings in keiner Weise gerechtfertigt; aber es ist immerhin begreiflich, daß ein mit Grundsätzen nicht allzusehr bepackter Staatsmann sich den parlamentarischen Hilfstruppen, die ihm so oft aus der Patsche geholfen haben, auch in vitalen Kulturfragen der Nation hold und gewärtig zeigt.

Es läßt sich auch kaum bestreiten, daß mit antiultramontanen Tendenzen allein heute im Deutschen Reiche die Bildung einer Partei nicht mehr möglich ist. Dazu hat doch die Zeit schon allzu lange an dem Ausgleich der Gegensätze gearbeitet. Ueber die konfessionellen Zänkereien sind wir ja glücklicherweise längst hinaus. Nicht bloß der Protestant, auch der einzelne Katholik denkt nicht daran, dem andern seinen Glauben aufdrängen zu wollen. Im praktischen Leben verträgt man sich recht gut, und gelegentliche kleine Häkeleien, an denen es ja nicht fehlt, würden an sich in keiner Weise genügen, das Prinzip der Konfessionalität schärfer zu betonen. Dazu kommt dann noch, daß heute die wirtschaftlichen Fragen, bei denen es nicht auf die Konfession, sondern auf die Unterschiede zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zwischen Industrie, Handel und Landwirtschaft usw. ankommt, eine ausschlaggebende Rolle im öffentlichen Leben spielen. Die römische Hierarchie mit ihrer straffen Zucht und ihrer Gewalt über die Seelen hat es freilich trotzdem verstanden, das Zentrum zu organisieren und damit einen direkten Einfluß auf den Staat zu gewinnen. Aber etwas Aehnliches wäre im protestantischen Heerlager völlig unmöglich. Wie heute die Dinge liegen, würde eine antirömische Partei, wenn man wirklich ihre Gründung versuchen wollte, ein klägliches Fiasko machen.

Und doch wird man im protestantischen Deutschland den Gedanken nicht los, daß irgend etwas geschehen müsse, um die römischen Uebergriffe und die ultramontanen Einflüsse auf die Reichspolitik zu bekämpfen. Man empfindet es mit Recht als eine Demütigung, daß der Bundesrat dem Jesuitenorden, diesem schärfsten Feinde des Protestantismus, wieder die Freizügigkeit im Deutschen Reiche gewährt, man fühlt zugleich Unmut darüber, daß der Reichstag sich willig von den ultramontanen Parteigängern am Bande führen läßt, man erblickt eine Zurücksetzung darin, daß die katholische Kirche gegen alle Angriffe mit dem Schutzwall des § 166 des Strafgesetzbuches umgeben ist, während die Personen der Reformatoren ungestraft in den Schmutz gezogen werden dürfen. Und es ist klar, daß nur die Uneinigkeit der protestantischen Mehrheit des Reiches es dem Ultramontanismus ermöglicht hat, seine Fahne in der Berliner Wilhelmstraße und auf dem Königsplatze aufzupflanzen.

Auch insofern unterscheidet sich der antirömische Gedanke vorteilhaft von anderen Kampfvereinigungen, als er sich keineswegs nur auf die Negation beschränkt. Im Gegenteil, wenn man Rom und Wittenberg vergleicht, so wird man finden, daß das Schwergewicht der positiven Gedanken auf der Seite Wittenbergs liegt. Die rein religiösen Gegensätze kann man dabei auf sich beruhen lassen; es genügt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Rom eigentlich nichts hat, als eine zum Teil verknöcherte und überlebte Tradition, während uns Wittenberg die treibenden Ideen der modernen Zeit, die Gewissensfreiheit und das Recht der Persönlichkeit, geschenkt hat. Mit diesem Pfunde zu wuchern, kann nicht schwer sein, wenn nur der gute Wille da ist, die reformatorischen Ideen in zeitgemäßer Ausgestaltung durchzuführen.

Nach alledem ist ein breiter Boden der Verständigung für die protestantische Bevölkerung des Deutschen Reiches gegeben. Selbstverständlich ist diese Verständigung nur so zu verstehen, daß sie sich über alle Parteien erstreckt, die nicht vom ultramontanen Geist infiziert sind. Es ist erfreulich, daß man auch in streng konfessionellen Kreisen die Notwendigkeit einsieht, eine allgemeine politische Vereinigung zu schaffen, die sich mit keiner einzelnen Partei identifiziert, sondern überall ihre Vertreter sucht. Besonders die schon erwähnten Ausführungen des Kieler Generalsuperintendenten Dr. Kaftan über die politischen Aufgaben des evangelischen Bundes scheinen uns viel beherzigenswertes zu enthalten. Vor allem pflichten wir ihm darin bei, daß der evangelische Bund nicht seine Kraft durch einen ziemlich überflüssigen Kampf gegen den sogenannten Materialismus verzetteln möge. Denn sobald man die protestantischen Kreise des Volkes mit allerlei religiösen und philosophischen Zänkereien regalieren will, wird man gerade die Besten kopfscheu machen. Ihre Weltanschauung wollen sich auch diejenigen, die gut protestantisch empfinden, nicht von der Geistlichkeit vorschreiben lassen. Um so eher werden sie dafür zu haben sein, wenn es gilt, allem Obskurantismus den Krieg zu erklären und der Geistesfreiheit im neuen Reich eine dauernde Stätte zu bereiten. Wie man sich im einzelnen die Ausgestaltung des protestantischen Programms denkt, das ist eine spätere Sorge. Es genügt vorläufig, wenn nur eine Einigkeit darüber besteht, den römischen Geist und Einfluß überall, wo er sich regt, nachdrücklich zu bekämpfen.

Man sage nicht, daß ein solches evangelisches Kartell aussichtslos sei. Zum wenigsten müßte doch erst einmal die Probe auf das Exempel gemacht werden. In vielen Fällen wird es nur einer Anregung bedürfen, um einem Abgeordneten, der über die wirtschaftlichen Probleme die Kulturfragen vergessen hat, das Gewissen zu schärfen; in anderen Fällen wird eine entschlossene Vereinigung protestantisch empfindender Männer den Ersatz eines ungeeigneten Abgeordneten durch eine geeignetere Persönlichkeit herbeiführen können. Die Beeinflussung des Reichstages im protestantischen Sinne wird um so leichter gelingen, je weitherziger man sich den einzelnen Parteien gegenüberstellt. Vor allem aber muß man auch im Reichstage und in der Regierung wissen, daß das protestantische Volk sich nicht länger die römische Hegemonie gefallen lassen will. Je stärker das protestantische Gewissen sich Geltung verschafft, um so leichter wird es sich der römischen Uebergriffe erwehren.

Der russisch-japanische Krieg.

Oyama.

Der Feldmarschall **Oyama**, der neue Höchstkommandierende der japanischen Feldarmee, „der japanische Moltke", steht im Alter von 61 Jahren. Er ist, wie die „Ostpr. Ztg." schreibt, ein hochgewachsener, sehr stattlicher Mann mit sanftem, mildblickendem, ganz bartlosem Gesicht. Er ist, ungeachtet seiner bewegten kriegerischen Laufbahn, von so menschenfreundlicher Gemütsart, daß er im Chinesenkriege seine Pferde aus dem Stalle führen ließ, um an ihrer Stelle halberfrorene chinesische Gefangene unterzubringen. Er war im Jahre 1894 Kriegsminister, legte aber diese Stellung nieder, um den Oberbefehl über die „zweite Armee" Japans zu übernehmen, mit der er Kintschou, Talienwan, Port Arthur und Weihaiwei nahm. Er ist ein Samurai der Kagoshima-Familie, war stets Soldat und hat bereits den Satsuma-Aufstand niederwerfen helfen. Durch seine außergewöhnlichen Leistungen im Chinesenkriege errang er — neben dem nun schon mehr als 70jährigen Marquis Yamagata — den Rang eines Feldmarschalls. General **Kodama**, sein Generalstabschef, war Stabschef des Marschalls Yamagata, als dieser den Oberbefehl im Chinesenkriege inne hatte, und kehrt somit genau in die Sphäre seines früheren Tätigkeitsgebietes zurück. Später wurde er zum Stellvertreter des Kriegsministers ernannt, in welcher Eigenschaft er gleichzeitig Gouverneur von Formosa wurde, um die dortige Verwaltung militärisch zu organisieren.

Deutsches Reich.

* **Berlin**, 23. Juni.

* **Gegen die Tendenzschriftsteller.** Vor einiger Zeit machte der Verein inaktiver Offiziere mobil, um gegen die Verleumdungen des Offizierstandes durch verleumderische Schriften vorzugehen. Die Absicht des Vereins, durch künstliche Erzeugung von „guten" Soldatengeschichten dem Unfug der modernen Militärschriftsteller entgegenzutreten, ist ebenso wie von uns, auch von den verschiedensten anderen Seiten als durchaus verfehlt bezeichnet worden; bemerkenswert ist, daß jetzt auch in den Kreisen der Urheber dieses Planes diese Art der Bekämpfung verurteilt wird. In Nr. 289 des „Tages" schreibt Freiherr von Oeynhausen, die Wirkung auf die Freunde des Offizierstandes würde die sein, daß diese, da nur Lebenswertes, nie Tadelnswertes erwähnt werde, sich sagen müßten: „das sei die Wahrheit nicht, man wolle nur beschönigen." Den Feinden würde man durch derartige bestellte Arbeit nur neue Angriffswaffen in die Hand drücken. Deshalb würde man in jedem Falle das Gegenteil der gewünschten Wirkung erzielen. Sehr richtig!

* **Die Lehrer und der Schulantrag.** Eine allgemeine Lehrerversammlung fand gestern abend im Handwerkersaal statt und befaßte sich mit dem Schulantrag der Nationalliberalen und Konservativen. Lehrer Jews erstattete das Referat. Die Versammlung nahm folgende Leitsätze an:

„Die am 22. Juni in Berlin tagende allgemeine Lehrerversammlung erhebt inbezug auf das durch den Beschluß des Abgeordnetenhauses vom 13. Mai und durch die Stellung der königlichen Staatsregierung zu den Beschlüssen in sichere Aussicht gestellte Schulunterhaltungsgesetz folgende Forderungen: 1) Die Gesetzesvorlage möge sich auf die Regelung der Schulunterhaltungsfrage beschränken und dem allgemeinen Landrecht entsprechend alle die innere Schulverwaltung betreffenden Fragen hierbei außer Betracht lassen. 2) Die in dem Beschluß des Abgeordnetenhauses inbezug auf die konfessionelle Verfassung der Volksschule verlangte Bestimmung, daß die Schüler einer Schule in der Regel derselben Konfession angehören und von Lehrern ihrer Konfession unterrichtet werden sollen, würde die Weiterentwickelung der Volksschule zu einer einheitlichen nationalen Bildungsanstalt unterbinden und in schultechnischer Beziehung die Errichtung vollentwickelter Volksschulsysteme hindern, insbesondere die unterrichtliche Versorgung der Kinder der Minderheit erheblich schädigen. 3) Die Versammlung erwartet deswegen von den schul- und bildungsfreundlichen Parteien, daß sie diese Forderung mit aller Entschiedenheit bekämpfen und dafür eintreten, daß die bisherige rechtliche Stellung der Simultanschule im Staate zur vollen Anerkennung komme."

* **Der Bundesrat** überwies Reichstagsbeschlüsse zu einer Reihe von Petitionen dem Reichskanzler.

* Der **Kaiser** besichtigte heute vormittag in Kiel die kaiserliche Werft und hörte auf der Werft sowie auf S. M. S. „Braunschweig" den Vortrag des Staatssekretärs v. Tirpitz.

— **Frau Gräfin von Bülow** ist in Norderney eingetroffen, wo der Reichskanzler die Villa Wedel wieder für einige Monate gemietet hat.

— **Prinz Albrecht von Preußen** traf gestern abend, von Schloß Camenz kommend, hier ein, um sich nach Kiel zu begeben.

— **Die hier ansässigen Polen** haben an ihre wohlhabenden Landsleute in Posen und Ostpreußen einen Aufruf gerichtet, um sie zur Aufnahme hiesiger Polenkinder während der Ferien zu veranlassen. Trotz großen Aufwandes an Worten und Geldmitteln ist bis jetzt nur ein einziges Knertöteten eingelaufen, und zwar von der Gattin des polnischen Abgeordneten Dr. Skerzynski.

*

* **Hamburg**, 23. Juni. Zwischen dem Ausschuß des Versicherungsverbandes deutscher Brauereien und dem Ausschuß des Gewerkschaftskartells ist nach dreitägigen Verhandlungen in Sachen des Bauerausstandes eine Einigung erzielt worden, wodurch die Beendigung des Ausstandes und die Aufhebung des Bierboykotts für Ende dieser Woche gesichert ist. (Voss. Ztg.)

* **Kassel**, 23. Juni. Die Ankunft der kaiserlichen Familie in ihrer Sommerresidenz Wilhelmshöhe wird Ende Juli erfolgen, soweit bis jetzt feststeht, am 26.

* **Gotha**, 22. Juni. Bei der heutigen Landtagswahl wurden gewählt: 1) Bezirks-Hauptkassierer Tillig-Gotha; 2) Senator Mohler-Gotha; 3) Oberbürgermeister Liebetrau-Gotha; 4) Bankdirektor Stichling-Gotha; 5) Bürgermeister Kötter-Ohrdruf; 6) Kaufmann Denner-Waltershausen; 7) Kommerzienrat Grübel-Gotha; 8) Schultheiß Frenzel-Gamstädt; 9) Kaufmann Wolf-Dietharz; 10) Redakteur Jows-Gotha; 11) Kaufmann Bock-Gotha; 12) Lehrer Willweber-Friedrichroda; 13) Schuhmacher Seehofer-Buhla; 14) Gutsbesitzer Troch-Uelleben; 15) Amtsrichter Stoll-Friedrichswerth; 16) Landwirt Schäfer-Eckardtsleben; 17) Landwirt Görlach-Molschleben; 18) Bankdirektor Dietzsch-Gotha; 19) Schultheiß Herzer-Bischleben.

* **Koburg**, 23. Juni. Bei den Landtagswahlen wurden sämtliche Kandidaten der bürgerlichen Parteien gewählt.

* **Frankfurt a. M.**, 22. Juni. Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat beschlossen, die Arbeit, und zwar zunächst nur für die organisierten Arbeiter, am 18. Juli einzustellen, wenn am 2. Juli seine Bedingungen nicht von sämtlichen Arbeitnehmerverbänden angenommen sind.

* **München**, 22. Juni. Zu dem im Landtage eingebrachten Antrage auf Aufhebung der Regentschaft werden jetzt für und wider Stimmen in der Landespresse laut. Während der größte Teil der Zentrumsblätter sich noch zurückhält, sprechen sich die klerikalen „Historisch-politischen Blätter" und die ebenfalls klerikale „Augsb. Postztg." für die Aufhebung der Regentschaft aus. Beide Zeitungen erwarten zur Säkularfeier während der nächsten Landtagssession eine einhellige Kundgebung der Kammer in diesem Sinne.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

* **Berlin**, 23. Juni. (Tel.)

Das Haus erledigte zunächst ohne wesentliche Erörterung seitens des Hauses die Kleinbahnvorlage und überwies sodann die Vorlage betr. die Verbesserung der Vorflut in der unteren Oder, Havel und Spree und betr. die Maßnahmen zur Verhütung von Hochwassergefahren in der Provinz Brandenburg, dem Havelgebiet und in der Provinz Sachsen einer Kommission von 15 Mitgliedern. Nächste Sitzung Freitag 12 Uhr. Kleinere Vorlagen, Petitionen. Schluß 4 Uhr.

Die Kanalkommission des Abgeordnetenhauses stimmte nicht über die eingegangenen Anträge ab. Die Staatsregierung wird das gewünschte Material in der Pause beschaffen. Die Kommission wird gleichzeitig mit der Einberufung des Landtages am 18. Oktober zusammentreten und alsdann zunächst den Bericht über den Gesetzentwurf betr. die Maßnahmen zur Regelung der Hochwasser- und Vorflutverhältnisse der oberen und mittleren Oder verlesen, das Gesetz über die Freihaltung der Ueberschwemmungsgebiete erledigen und dann die eigentliche Kanalvorlage weiterberaten.

Flotte.

* **Schiffsbewegungen.** S. M. S. „Tiger" ist am 22. Juni in Canton eingetroffen. S. M. S. „Gazelle" ist am 22. Juni in Bermuda eingetroffen und geht am 24. Juni nach Fayal wieder in See.

Ausland.

Frankreich.

* **Die Millionen der Karthäuser.** Aus Paris wird berichtet: In den Wandelgängen der Kammer wird das Gerücht verbreitet, daß im Ministerrat die Enthebung Lagraves von seinem Posten als Generalkommissar bei der Weltausstellung in St. Louis beschlossen worden sei. Doch solle diese Maßregel erst nach Schluß der Arbeiten der Untersuchungskommission für die Karthäuser-Angelegenheit erfolgen. Mehrfach wird die Ansicht ausgesprochen, daß diese Arbeiten bereits in den nächsten Tagen beendet sein werden. Das Verhalten Bessons, das allgemein bei den Deputierten einen kläglichen Eindruck gemacht hat und mit dem Vorgehen der Humberts verglichen wird, brachte selbst die Nationalisten, die auf seine Aussagen große Hoffnungen gesetzt hatten, zu der Ueberzeugung, daß die Karthäuser-Angelegenheit nicht mehr als Angriff gegen den Ministerpräsidenten dienen kann. Man glaubt auch, daß der Generalprior und Pater Rey der Vorladung der Untersuchungskommission nicht Folge leisten werden. Der erstere begnügte sich damit, dem Deputierten Pichat in einem Briefe seine früheren Erklärungen zu wiederholen, daß er im Juli des vorigen Jahres den Besuch eines Herrn X. erhalten habe, der sich für die Genehmigung der Karthäuser verbürgt habe, wenn sofort 300 000 Frcs. und nach der Genehmigung 2 Millionen Frcs. gezahlt würden. Der Generalprior habe das Anerbieten zurückgewiesen und Herrn X. nach dem Namen seiner Auftraggeber gefragt. Herr X. habe darauf die Namen von 4 politischen Persönlichkeiten genannt. Der Unterredung habe auch Pater Rey beigewohnt. Er könne den Namen des Herrn X. nicht nennen, da er keine schriftlichen Beweise besitze. Man würde ihn Verleumder nennen, ohne daß er sich verteidigen könne. Den Zeitpunkt des Vorganges könne er nicht genau angeben, er meine aber, daß es zwei bis drei Monate vor dem Erpressungsversuch Bessons gewesen sei.

Der Generalrat des Seinedepartements wählte den Sozialisten Landrain mit 50 Stimmen zum Vorsitzenden. Der Nationalist Escueril erhielt 42 Stimmen.

* **Beaufsichtigung ausländischer Lebensversicherungsgesellschaften.** Die Deputiertenkammer hielt gestern vormittag eine Sitzung ab, in der die Vorlage, betreffend die Beaufsichtigung der Lebensversicherungsgesellschaften, beraten wurde. Der Berichterstatter des Ausschusses Chastenet legte die Notwendigkeit dar, die ausländischen Gesellschaften dem gemeinen Recht und zugleich der Staatsaufsicht zu unterstellen. Das Haus genehmigte auf Antrag des Handelsministers die Dringlichkeit für die Beratung der Vorlage und beraumte deren Fortsetzung auf Dienstag an.

Italien.

* **Enthüllung des Goethe-Denkmals in Rom.** Anläßlich der gestern erfolgten Enthüllung des Goethedenkmals schreibt „Messaggero" in einem Leitartikel „Goethe in Rom":

Kein fremder Dichter hat so viel Anrecht auf das römische Bürgerrecht, wie Goethe. Viktor Hugo verfehlt das große Rom niemals. Goethe dagegen war, in Rom lebend, Dank der Intuitionen seines Genius ein wirklicher Bürger der ewigen Stadt geworden. Wir empfangen die Statue Goethes mit demselben Gefühl der Sympathie, das er Rom und Italien entgegengebracht hat.

Großbritannien.

* **Zionistisches aus dem Unterhause.** Im englischen Unterhause versuchte der Abgeordnete Wason eine Vertagung des Hauses dadurch herbeizuführen, daß er gegen das Projekt einer zionistischen Niederlassung in Ostafrika protestierte. Er fürchtete, daß die Durchführung dieses Planes dazu dienen könne, Unruhen hervorzurufen, und tadelte das Auswärtige Amt, weil dieses bisher versäumt habe, über diesen Punkt nähere Aufklärung zu geben. Die Bevölkerung des Landes, so behauptete der Redner, sei im höchsten Grade erregt über den Gedanken, daß das Land an russische und rumänische Juden ausgeliefert werden solle. Die Folge werde wahrscheinlich ein Aufstand der Eingeborenen sein. Keine der englischen selbstregierenden Kolonien würde jemals die Errichtung einer Niederlassung von solchen Leuten dulden, die weder die englische Sprache noch die der Eingeborenen verständen.